

AD-

ROTSPECHT



*Unser Trio für den Regierungsrat: v. l. n. r.: Reto Müller, Evi Allemann, Hervé Gullotti
Sie wurden am Parteitag vom 27.8. offiziell nominiert*

S

Parolen für die eidgenössischen und kantonalen Abstimmungen vom 28. September 2025

Bundesbeschluss über die kantonalen Liegenschaftssteuern auf Zweitliegenschaften (Abschaffung Eigenmietwert): NEIN

E – ID: JA

Initiative für faire und transparente Vormieten: JA

EDITORIAL/ECKE DES PRÄSIDENTEN SPO



Liebe Rotspechtleser:innen,

Der Sommer liegt in den letzten Zügen, was ich persönlich nicht im Mindesten bedauere (ich werde nie ein Summergirl sein – ich hasse die Hitze viel zu sehr). Aber damit endet auch die politische Pause. Und wieder stehen Abstimmungen und Wahlen an und irgendwo scheint immer irgendwas unsere Aufmerksamkeit zu fordern.

Als politisch aktiver Mensch werde ich oft gefragt, warum ich mir das antue. Auch wenn es zugegebenermaßen Zeiten gab, in denen ich mich das ebenfalls gefragt habe, möchte ich das politische Engagement nicht mehr missen. Weil ja, natürlich nimmt es Zeit in Anspruch und ist auch mal frustrierend – aber es ist auch erfüllend, sinnstiftend und hat mich immer wieder wachsen lassen. Und die Momente, in denen ich mit euch, liebe Parteikolleg:innen, zusammensitzen, Erfolge feiern und Niederlagen schöntrinke, entschädigen für (fast) alles. Daran werde ich denken, wenn der Politherbst wieder intensiver wird. Und zur Entspannung werde ich ganz viele Bücher lesen – und ihr, liebe Lesende, habt ja jetzt den Rotspecht zum Abschalten.

Désirée Fessler
Redaktionsleitung Rotspecht

Liebe Genoss*innen,
Gerne würde ich euch aus einer politischen Sommerpause zurück begrüßen. Doch wer das Weltgeschehen etwas verfolgt, weiss, eine Pause war das nicht. Immer noch Krieg in der Ukraine, Hungersnot und Genozid in Gaza, Trump, der die Armee in seine eigenen Städte schickt, Menschen, die auf offener Strasse von der Einwanderungsbehörde entführt, und teilweise ohne Prozess abgeschoben und/oder inhaftiert werden.

Etwas direkter betroffen sind wir von der Schliessung der Geburtenabteilung beim SRO. Auch bei uns werden finanzielle Interessen über das Wohl der Menschen gestellt, angefangen dort, wo am wenigsten Gegenwind erwartet wird – den Frauen. Doch Gegenwind gab und gibt es. Die Unterstützung zum Erhalt der Geburtenabteilung in Langenthal kam von allen Seiten, demographisch wie politisch. Die Petition aus der Bevölkerung hat mittlerweile knapp 15'000 Unterschriften gesammelt. Der Verein Erhalt Geburtshilfe Langenthal zählt hunderte Mitglieder. In den Medien ist die Schliessung zuweilen Dauerbrenner. Nicht selten war ich überrascht, von welchen Menschen Unterstützung für diese Sache kam. Junge Menschen, die bisher mit Politik nicht sehr viel am Hut hatten, die sich aktivistisch für eine Sache der Gesellschaft einsetzen.

Das stimmt hoffnungsvoll. Nicht nur was die Geburtshilfe in Langenthal angeht, sondern, dass wir im Oberaargau eine Politik von den Menschen für die Menschen machen können. Dass wir uns

weiter konsequent für alle, und nicht für wenige, einsetzen müssen. Dass eine echte Verbesserung möglich ist. Dafür braucht es uns alle. Unterschriften für ein Anliegen sammeln, Flyer verteilen, Plakate aufhängen, mit Familie und Freunden über die wichtigen Anliegen sprechen, all das sind Dinge, die es nun braucht. Natürlich ist es auch immer schön, neue Genoss*innen in unseren Reihen begrüßen zu dürfen. Alle kennen Personen, die mit der aktuellen Lage zunehmend unzufrieden sind, die gerne etwas beitragen würden, die sich für das einsetzen wollen, was richtig ist. Vielleicht ist ein Beitritt in die SP für diese Menschen eine Option.

Am 28. September werden wir an der Urne unter anderem über die Miet-Initiative abstimmen. Dass das darin geforderte, dass neue Mieter*innen automatisch erfahren wie viel ihre Vorgänger*innen bezahlt haben, eigentlich selbstverständlich wäre, muss wohl nicht im Detail besprochen werden. Das Nein-Komitee ärgert sich aber natürlich darüber, dass man Mietende künftig wohl schlechter abzocken kann. Etwas weiter in der Zukunft werden wir nächsten März den Gross- und Regierungsrat neu wählen. Noch herrscht Ruhe vor dem Sturm. Zweifels-ohne wird das aber eine enorm wichtige Wahl, die den politischen Kurs des Kanton Bern und des Oberaargaus bis ins nächste Jahrzehnt bestimmen wird. Merken wir uns das also bereits einmal. Denn auch hier, Veränderung, Fortschritt und Gerechtigkeit braucht uns alle.

Thomas Stucki
Präsident SPO



Bahnhofstr 4 | 4900 Langenthal

T. 062 922 19 40 | mail@spanischeweinhalle.ch

www.spanischeweinhalle.ch

KANTONALE ABSTIMMUNG: JA ZU FAIREN UND TRANSPARENTE MIETEN

Bezahlbarer Wohnraum ist eine der grossen sozialen Fragen unserer Zeit. Im Kanton Bern spitzt sich die Lage seit Jahren zu: Wohnungen sind knapp, die Mieten steigen unaufhaltsam – in den letzten 20 Jahren um rund 30%. Wer heute eine Wohnung sucht, konkurriert mit dutzenden Bewerbungen. In diesem angespannten Markt diktieren Vermieter*innen die Bedingungen – oft mit happigen Mietzinssprüngen bei einem Mieter*innenwechsel. Für viele Haushalte bedeutet das, mehr als ein Drittel ihres Einkommens fürs Wohnen aufwenden zu müssen.

Genau hier setzt die Miet-Initiative an. Lanciert vom Mieter*innenverband Kanton Bern gemeinsam mit Verbündeten aus Politik, Gewerkschaften und Wohnorganisationen fordert sie ein einfaches, wirksames Instrument: Die Offenlegung der Vormiete.

Was will die Initiative?

Die Initiative ergänzt das Gesetz mit einer klaren Regelung:

- Bei Wohnungsmangel (Leerwohnungsziffer $\leq 1,5\%$) müssen Vermieter*innen beim Abschluss neuer Mietverträge die Vormiete offenlegen.
- Entspannt sich die Lage und steigt der Leerwohnungsbestand über $1,5\%$, entfällt die Pflicht automatisch.
- Grundlage bildet die jährlich erhobene Leerwohnungsziffer per 1. Juni, die Regel tritt jeweils am 1. November in Kraft.

Damit wird ein bestehendes Recht endlich durchsetzbar. Schon heute können überhöhte Anfangsmieten rechtlich angefochten werden – doch ohne Kenntnis der Vormiete bleibt dieses Recht ein leeres Versprechen.

Bewährte Praxis in anderen Kantonen

Die Offenlegungspflicht ist keine Berner Erfindung. Sie gilt bereits in neun Kantonen und hat sich dort bewährt: Sie schafft Transparenz, reduziert Streitigkeiten und macht überhöhte Aufschläge unattraktiv. Erfahrungen zeigen zudem, dass die Mieten dadurch insgesamt weniger stark steigen – kleine, aber für viele Haushalte spürbare Entlastungen. Die Initiative führt also keine neue Bürokratie ein, sondern übernimmt einen erprobten Standard endlich auch im Kanton Bern.

Breite Unterstützung

Hinter der Initiative steht eine starke Allianz aus Mieter*innenorganisationen, Verbänden fairer Vermietender, politischen Parteien und gemeinnützigen Wohnbauorganisationen. Sie alle sehen darin ein Instrument, das Vertrauen stärkt, Rechtssicherheit schafft und den Druck auf den Wohnungsmarkt mindert. Besonders Haushalte mit knappen Budgets profitieren

direkt. Gleichzeitig trägt die Vorlage dazu bei, die soziale Durchmischung und Vielfalt in unseren Quartieren zu erhalten.

Warum ein JA entscheidend ist

Die Miet-Initiative ist keine radikale Neuerung, sondern gesunder Menschenverstand. Sie bringt Transparenz in einen Markt, der von Intransparenz lebt, und sorgt dafür, dass bestehende Gesetze auch tatsächlich wirken können. Andere Kantone zeigen längst, dass es funktioniert – höchste Zeit, dass auch Bern nachzieht.

- **Fairness:** Niemand soll beim Umzug die Katze im Sack kaufen.
- **Rechtsstaatlichkeit:** Missbräuchliche Mieten sind bereits verboten – nun werden sie auch überprüfbar.
- **Soziale Stabilität:** Bezahlbare Wohnungen sichern die Vielfalt in unseren Quartieren und verhindern Verdrängung.

Darum: Sag am 28. September JA zur Miet-Initiative – für faire Mieten, mehr Transparenz und mehr Sicherheit für alle, die im Kanton Bern zur Miete wohnen.

Gabriela Bannwart



Gabriela Bannwart ist SP Stadträtin in Burgdorf und Präsidentin des Mieterverbands Sektor Emmental - Oberaargau. Merci, Gabi, dass du dich erneut als Autorin für den Rotspecht zur Verfügung gestellt hast.

GEBURTSHILFE LANGENTHAL: QUO VADIS?



Text: Ursina Tschannen, SP Langenthal, Hebamme
www.ursinatschannen-hebamme.ch

Bereits in den letzten zwei Juniwochen hörte ich erste Vermutungen über die mögliche Schließung der Geburtsabteilung in Langenthal. Ohne klare Fakten war eine Mobilisierung allerdings schwierig. Dennoch gründeten einige Spitalhebammen des SRO den Verein „Erhalt Geburtshilfe Langenthal“. Am Sonntag, 29. Juni 2025 nach 19 Uhr, wurden eine der Hebammen vom SRO und ich über die Informationsanlässe des Verwaltungsrates der SRO AG, die am nächsten Tag stattfinden sollten, in Kenntnis gesetzt. Innerhalb weniger Stunden- und ohne klare Fakten - haben die Hebammen aus dem Vorstand des Vereins, Raël Gafner und ich, die Protestaktion auf die Beine gestellt. Am 30. Juni um 7 Uhr morgens, wurden die Angestellten des SRO, Gemeinden sowie Zuweiser an die Information eingeladen und nach ein paar Stunden vor vollendete Tatsachen gestellt. Am 1. Juli folgte die Pressekonferenz.

So soll nun nach knapp 100 Jahren Frauenklinik am SRO-Standort Langenthal per Ende September 2025 der Gebärsaal die Türen schliessen. Dies mit konstanten Geburtenzahlen (trotz schweizweit sinkenden Geburtenzahlen), modernisierten und medizinisch gut ausgestatteten Räumlichkeiten. Die kurzfristige Kommunikation des Verwaltungsrates sollte den Widerstand bremsen, doch die Langenthaler und Oberaargauer erarbeiteten eine Petition und Motion und erlangten Medienpräsenz. Auch der Gemeinderat in Langenthal hat dem Verwaltungsrat im möglichen Rahmen Angebote unterbreitet. Leider ohne Erfolg. Mich persönlich hat es sehr bewegt, dass eine rasche überparteiliche Zusammenarbeit von links bis rechts ermöglicht wurde.

Was bedeutet dies aus medizinischer Sicht?

Frauen, welche bis anhin wohnortnah gebären konnten, müssen nun z.B. nach Burgdorf, Solothurn, Sursee, Olten fahren. Strecken, welche mit dem Auto von Langenthal in 28-35min erreichbar sind. Eine Fahrt von 30min gilt angeblich als zumutbar für Gebärende. Mit Rushhour, Bahnschranken, Baustellen und ande-

ren Verkehrshindernissen werden 30min überschritten. Ausserdem hat nicht jede Familie Zugriff auf ein Auto. Für Mehrgebärende ist eine weitere Hürde unter Zeitdruck die Betreuung von Geschwisterkindern zu organisieren. Ich vermute daher, dass es vermehrt zu Ambulanzeinsätzen kommen wird. Gerade bei Mehrgebärenden, die sehr schnelle Verläufe haben. Auch Komplikationen sind in der Geburtshilfe nicht vorhersehbar- lange Anfahrtswege sind für Frau und Kind äusserst riskant. Wohl könnte die Ambulanz bei einer starken Blutung die Frau ins SRO in den Schockraum bringen zur Stabilisierung- erfahrene Geburtshelfer sind laut SRO AG aber nicht rund um die Uhr anwesend. Wer entscheidet dann über geburtshilflich spezifische Therapien an Mutter und Kind? Wären Medikamente oder Materialien wie eine Neugeborenenbeatmungsmaske überhaupt vorhanden? Dies ein mögliches Szenario. Mir stellen sich da sehr viele Fragen und ich hoffe sehr, dass keine Frauen und Kinder körperliche und emotionale Folgeschäden erleiden müssen.

Da die anderen Spitäler aktuell weder baulich noch anderweitig auf mehr Gebärende eingestellt sind, kann es - zumindest vorübergehend - zu einer Einbusse der Betreuungsqualität kommen. Was die für körperliche und psychische Folgen für die Familien hat, mag ich mir nicht ausdenken. Frauen und Hebammen befürchten, dass Familien in großen Zentren zur „Nummer“ werden. Gerade erfahrene Hebammen arbeiten lieber in einem familiäreren Setting, wo mehr komplikationslose Geburten stattfinden. Junge Hebammen profitieren hingegen von den hohen Fallzahlen, sie können so Erfahrung zu sammeln. Die Schliessung von Geburtskliniken schränkt die Wahlfreiheit für Familien ein. Um zu gebären, brauchen Frauen ein Umfeld, in dem sie sich wohl fühlen. Stress, Angst und Schmerzen hemmen hormonell den Geburtsverlauf und führen zu vermeidbaren medizinischen Eingriffen. Es wäre daher wichtig, dass Frauen und ihre Angehörige ein Angebot finden, das ihnen entspricht.

Sorgen machen mir auch für die eingespielten Versorgungsketten, die aufgelöst werden. Die interdisziplinären Austauschsitzen zwischen Pflege, Spital- und freipraktizierenden Hebammen, Kinderärzten, Stillberatung und Mütter-Väterberatung wurden bis anhin von der SROAG organisiert. Die Sitzungen sind wichtig für die Qualitätssicherung in der Betreuung der Familien. Den Verlust der Ausbildungsplätze für Hebammen und Assistenzärzte bedaure ich sehr. Fachkräftemangel, harte Arbeitsbedingungen und mangelnde Weitsicht sind ein Teufelskreis für hochstehende Medizin. Umso mehr schockiert der herzlose Umgang des Verwaltungsrates mit den Angestellten der Geburtshilfe.

Unser Gesundheitssystem hat ein grundlegendes Problem: Gesunde Geburten bringen mit dem aktuellen Tarifsystem weniger Geld als solche die mit Komplikationen und medizinischen Eingriffen enden. Geburtsabteilungen rentieren angeblich erst ab 900 Geburten. Es stellt sich die Frage, ob (geburtshilfliche) Medizinversorgung renditeorientiert sein darf. Ich hoffe, dass die Qualität in größeren Gebärzentren erhalten/ gesteigert wird und neue Modelle wie beispielsweise „Geburt 3000“ gefördert werden, um gesunde Geburten zu stärken. Ich werde weiterhin für

ein Umdenken im Sinne von Frauen, Kindern und Familien kämpfen.

SP - STAMM

Seit vielen Jahren treffen sich SP-Frauen und -Männer am Samstag, ab 11 Uhr, in der «Spanischen» (James) an der Bahnhofstrasse 4 in Langenthal. Aktuell ist es ein kleines, familiäres Trüppli, was sich wieder ändern soll. Macht Ihr mit?

*Von Irmgard Bayard
SP Langenthal*

Als Paul und ich Anfang der 90er-Jahre nach Langenthal kamen, suchten wir bewusst Anschluss. Kaum bei der hiesigen SP angemeldet, wurde uns der «Stamm» ans Herz gelegt. Zu dieser Zeit waren unter anderen Erich und Irene Straub mit ihrer Tochter Dorette, heute Balli, Käthi und Res Ryser mit Sohn Stefan, Peter Käser, Gaetano Ronchi, Fritz Fiechter am Stammtisch, also locker zwei Tische voller Leute. Bei Kaffee, Wein und Sonstigem wurde diskutiert, aber auch gelacht. Wer genau diesen Stamm ins Leben gerufen hat, konnte ich nicht mehr herausfinden. Eine Meinung war, dass es zu Zeiten war, als die SP die Mehrheit im Gemeinderat hatte. Wertvoll war jedenfalls der Austausch zwischen Jung und Alt.

Heute ist der Stamm mehr oder weniger ein Familientreffen zwischen Ballis und Bayards, manchmal ergänzt durch

Sämi Köhli und Werner Maag und ab und zu Frauen nach deren Stamm (jeder 3. Samstag, 10 Uhr, im Chrämi). Es wäre schön, wenn dieser lockere Austausch wieder von

mehr SP-Mitgliedern besucht würde, vor allem von Mitgliedern der Fraktion und des Vorstandes. Umso mehr, als dort viele junge Menschen politisieren und so der Input der Alten dabei fehlt.

Wie beim Frauenstamm besteht eine WhatsApp-Gruppe, wo allfällige Änderungen oder zum Beispiel Ferien der «Spanischen» bekannt gemacht werden. Unserer Meinung nach eignet sich die Zeit am Samstag von 11 bis 12 Uhr, also nach dem Besuch des Marktes und vor dem Mittagessen, sehr gut für ein lockeres Treffen zum Austausch. Aber selbstverständlich kann über den Tag und die Zeit diskutiert werden.

Wir «alten Hasen und Häsinnen» freuen uns über eine anregende Diskussion mit euch. Also, kommt vorbei!



STADTRATSGEFLÜSTER

Alle Jahre wieder.... kommt die Budgetdebatte

Text: Linus Rothacher und Sandro Baumgartner



Der Stadtrat hat sich nach der Sommerpause zu seiner ersten Sitzung getroffen. Dabei wurde das Budget 2026 beschlossen und auch zahlreiche weitere Geschäfte behandelt.

Die Sommerferien sind vorbei und damit endet auch die parlamentarische Sommerpause. Am 18. August 2025 traf sich der Stadtrat zu seiner fünften ordentlichen Sitzung in diesem Jahr. Traditionsgemäss steht die Augustsitzung ganz im Zeichen der Beratungen für das Budget des Folgejahres. Das diesjährige Budget weist ein Defizit von CHF 2.6 Mio aus, welches durch das nach wie vor grosse Eigenkapital aufgefangen wird. Aufgrund der Tatsache, dass die Rechnung in den vergangenen Jahren stets besser ausgefallen ist als das budgetierte Ergebnis, wurde im Budget 2026 stärker anhand der effektiven Ergebnisse und weniger anhand des Vorsichtsprinzips budgetiert. Daher lässt sich auch die Verbesserung im Vergleich zum Planwert 2026 im Finanzplan für die Jahre 2025 bis 2029 erklären. Die Debatte im Stadtrat verlief ohne grössere Vorkommnisse. Auf Sparanträge seitens der bürgerlichen Parteien gegen Kulturinstitutionen, wie sie in den vergangenen Jahren üblich waren, wurde verzichtet. Das Budget 2026 wurde schlussendlich einstimmig beschlossen. Auch die SP hat dem Budget zugestimmt. Wir wollen, dass unsere Verwaltung arbeiten kann und dass u.a. für unsere Schulen und unsere Vereine die nötige Planungssicherheit besteht.

Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass Langenthal finanzpolitisch nach wie vor in einer schwierigen Situation steht. Zahlreiche Investitionen wurden in den vergangenen Jahren aufgeschoben, namentlich im Bildungsbereich. Diese gilt es anzugehen. Das strukturelle Defizit wird also nicht ohne Weiteres verschwinden. Für die SP ist klar, dass dieses nicht weggespart werden kann. Wir wollen eine Stadt mit einer guten Bildungsinfrastruktur, einem starken Sport- und Kulturangebot und eine Schulsozialarbeit,

die den Namen verdient. Zahlreiche Verzichtsmassnahmen wurden in der Vergangenheit bereits umgesetzt. Weitere Sparmassnahmen würden zu einem spürbaren Verlust an Lebensqualität und Zusammenhalt in unserer Stadt führen. Daher ist für die SP/GL-Fraktion klar, dass Langenthal mittelfristig auch wieder über eine Steuererhöhung diskutieren muss. Dies ist sicherlich keine populäre Massnahme und wird viele Erklärungen benötigen. Trotzdem ist es richtig, dieses Thema jetzt anzugehen. Den kommenden Generationen ist nicht geholfen, wenn wir ihnen zwar einen tiefen Steuerfuss hinterlassen, wichtige Investitionen und den Aufbau eines zeitgemässen Service Public allerdings aus ideologischen Gründen unterlassen.

Weiter wurde an der Stadtratssitzung vom 18. August das Hausbesuchsprogramm «schrittweise» verlängert. Das Programm sieht vor, dass 15 Kinder im Vorschulalter und deren Familien aus bildungsfernen Schichten, begleitet werden können. Die SP ist erfreut über die Weiterführung dieses Projekts und wird sich auch dafür starkmachen, dass in Zukunft wieder mehr Familien von diesem Angebot profitieren können. Zudem konnten auch mehrere Vorstösse mit SP-Beteiligung überwiesen werden. So sollen alle Mitglieder des Stadtrates künftig eine personalisierte E-Mail-Adresse erhalten. Weiter wird bei den nächsten Gemeindewahlen in Langenthal die Wahlhilfplattform Smartvote versuchsweise eingeführt werden.



WAHLEN HERZOGENBUCHSEE

Buchsi kann mehr!

Text: Hans Wyssmann
SP Herzogenbuchsee

Buchsi befindet sich zurzeit im Rückwärtsgang. Nach der an der Urne zweimal abgelehnten Steuererhöhung, kennen die beiden Rechtsparteien SVP und FdP nur noch ein Motto „Sparen, Sparen, Sparen“. Dabei geht es viel um Symbolpolitik, aber auch um Ideologie. Es ist zu befürchten, dass zum Beispiel der Sozial-, Kultur- und Sportpreis abgeschafft werden, ebenso kleine Beiträge an Projekte und Vereine. Einsparungen im Promillebereich, die aber für das gemeinschaftliche Zusammenleben im Dorf grosse Auswirkungen hätten. Als einzige Partei wehrt sich die SP dagegen. Dieser Abbaupolitik stellen wir mit dem Slogan „Buchsi kann mehr“ ein positives Signal entgegen.

Unser Ziel ist es, wählerstärkste Partei zu bleiben (2021 29.4 %) und im Gemeinderat und in den Kommissionen je 2 Sitze zu erobern.

Wo „Buchsi mehr kann“, sagen uns unsere fünf Gemeinderatskandidierenden.

Ruth Sager: »Im Ressort Bau geht es auch um Umweltfragen«

Ruth Sager ist für das Ressort Bau zuständig. Sie beschäftigt sich intensiv mit Umweltfragen. «Der Name täuscht – im Ressort Bau geht es nicht nur um Gebäude und Strassen, sondern ganz zentral auch um Umweltfragen», erklärt sie.

Die SP-Gemeinderätin setzt für die Umsetzung des Biodiversitätskonzepts ein. Zudem macht sie sich für einen zukunftsgerichteten Klimaschutz stark: «Es ist wichtig, möglichst keine zusätzlichen Flächen mehr zu versiegeln», erklärt sie., Spiel- und Begegnungsplätze sind für Ruth Sager ein wichtiges Element des Zusammenhalts: «Gerade in Zeiten digitaler Verein-samung bieten solche Orte reale Treffpunkte für Jung und Alt».

Für die Buchser Bauabteilung hat Ruth Sager klare Prioritäten. Sie wird sich für nachhaltige Investitionen einsetzen, unter Berücksichtigung ökologischer Aspekte.



Ruth Sager beschäftigt sich als Bauvorsteherin viel mit Umweltfragen.

Michèle-Jana Ryf: „Altersfragen liegen mir besonders am Herzen“



Letztes Jahr ist Michèle-Jana Ryf extra von Zürich nach Buchsi zurückgekehrt, um im Gemeinderat Einsitz zu nehmen. Nach gut einem halben Jahr im Amt bereut sie diesen Schritt keinen Augenblick, „obschon der Einstieg ziemlich heftig war“.

Michèle-Jana Ryf leitet das Ressort Soziales. Wenn sie im Kornhaus den Buchser Sozialdienst trifft, weiss sie, dass dort gute Arbeit geleistet wird. Dies hat ein externer Bericht jüngst bestätigt. Die Altersarbeit liegt der SP-Gemeinderätin besonders am Herzen - dies trotz ihres eigenen Alters. Weiter freut es sie, dass sich die Schulsozialarbeit in Buchsi gut etabliert hat und dass die Gemeinde einen Fokus auf die frühe Förderung bei Kindern legt.

Was kann Buchsi mehr? Freiwilligenarbeit sollte mehr und nicht weniger Wertschätzung bekommen“, sagt sie und meint damit unter anderem den Sozialpreis, den sie unbedingt erhalten will.

Freiwilligenarbeit sollte mehr Wertschätzung erhalten, wünscht sich Michèle-Jana Ryf

Samira Martini „Sparen ist nicht gleich Sparen“



Für Samira Martini darf Sparen nicht auf Kosten kommender Generationen gehen.

Seit Juni 2025 ist Samira Martini im Grossen Rat. Jetzt will sie es auch auf Gemeindeebene wissen. „Aktuell wird viel über Sparmassnahmen diskutiert“, fasst Samira Martini die Stimmung im Dorf zusammen. „Aber Sparen ist nicht gleich Sparen“. Bei der Infrastruktur will sie keinen Luxus, aber auch keine halbpätzigen Sachen. „Mangelnde Qualität geht hier auf Kosten kommender Generationen, da die Unterhaltsarbeiten in Zukunft umso höher sein werden“. Auch Sparen bei den Vereinen, beim Kulturpreis oder beim Förderpreis für junge Kulturschaffende ist für Samira Martini ein „No-Go“. Was kann Buchsi mehr? Buchsi ist eine Gemeinde mit grosser politischer Beteiligung. Dieser Gemeinschaftssinn muss ihrer Ansicht nach weiter gefördert werden.

Mathias Indermühle: „Schulraumplanung konsequent, aber mit Mass umsetzen“

Mathias Indermühle ist seit sieben Jahren in der Bildungskommission. Jetzt kandidiert er für den Gemeinderat. „Für einen Gemeinderat, der Buchsi nach vorne bringt“ ist sein Motto. Ein Schwerpunkt ist für ihn die konsequente Umsetzung der Schulraumplanung. Gute, zeitgemässe Bildung brauche gute Räume, meint er. Dazu gehört für den Vater zweier schulpflichtiger Kinder die Schaffung von modernen Bildungsräumen im Schulhaus Mittelholz. Weiter braucht das Oberstufenzentrum neue Sport- und Bewegungsräume.

Dies alles kostet Geld. „Aber es sind Investitionen in einen starken Bildungsstandort Buchsi und in attraktive Lern- und Arbeitsplätze, die unseren Kindern zugutekommen“, sagt er. Mit Mass, aber mit Überzeugung. „So kann Buchsi mehr“.



Investitionen in die Bildung kommen unseren Kindern zugute, ist Mathias Indermühle überzeugt

Thomas Binz: «Bahnhof West ist eine einmalige Chance»



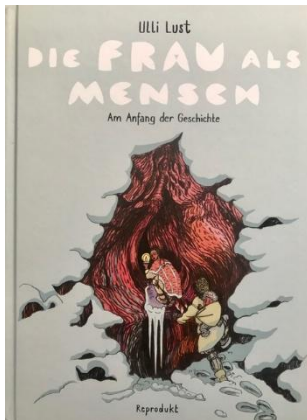
Im ehemaligen Häftler-Silo zu wohnen, wäre reizvoll, findet Thomas Binz.

Thomas Binz sieht im Gebiet «Bahnhof-West» eine grosse Chance für Buchsi: «Wir können hier unsere Gemeinde an besterschlossener Lage weiterentwickeln. Dadurch schaffen wir attraktiven Wohnraum, der gute Steuerzahler nach Buchsi bringen wird. Zudem wird das einheimische Gewerbe Aufträge erhalten», ist der SP-Gemeinderatskandidat überzeugt.

Binz blickt auf die Planung zurück, welche die SP aktiv mitgestaltet hat. «Wir konnten erreichen, dass die Entwicklung «Bahnhof-West» in Etappen erfolgen muss. Andererseits müssen 10 % der neuen Wohnungen in Kostenmiete angeboten werden, damit diese auch für Normalverdienende sind.» Als Biologe ist Thomas Binz die Biodiversität besonders wichtig. «Wir setzten uns dafür ein, dass auf dem Areal grosse, schattenspendende Bäume gepflanzt werden, um die Wohnqualität zu verbessern und Hitze zu vermeiden». Die beiden Türme sollen erhalten werden: «Darin zu wohnen, wäre reizvoll».

BUCHTIPP/KOLUMNE

Buchkritik „Die Frau als Mensch“ – Ulli Lust



Sachbücher haben es mir angetan. Zuletzt habe ich die Graphic Novel „Die Frau als Mensch“ von Ulli Lust gelesen, die zum deutschen Sachbuch des Jahres 2025 gewählt wurde. Lust reist darin zurück zu den Anfängen der Menschheit und wirft einen weiblichen Blick auf archäologische Funde. Die Menschen der Steinzeit – primitive Rohlinge? Mitnichten! Ohne Kooperation wäre ihr Überleben undenkbar gewesen. Das Buch lässt mich mit der grossen Frage zurück: Verlieren wir gerade, was unser Überleben während Jahrtausenden sicherte?

Bibliografische Daten

Die Frau als Mensch: Am Anfang der Geschichte

Reprodukt Verlag

9783956404450

Hardcover

Text: Michèle Nufer

Kolumne: Das Wort des Lamas

Das Robin Hood Paradox

Von Désirée Fessler aka Fräulein Lama



Mich beschäftigt seit längerem eine Frage (also abgesehen von meiner grossen Lebensfrage wieso mein Pony gefühlt 10 x schneller wächst als der Rest meiner Haare). Und zwar: Ist die berühmte Sagengestalt Robin Hood jetzt ein radikaler Liberaler, weil schliesslich lehnte er ja Steuern ab oder doch eher ein Linker, weil er Vermögen

umverteilt?

Ich finde die Frage ist eine schöne Metapher für die Zwickmühle, in der wir als Ortspartei stecken, wenn es um den heiss umstrittenen Steuerfuss von Langenthal geht. Denn auch wenn die letzte Budgetdiskussion bemerkenswert reibungslos über die Bühne gegangen ist, zeichnet sich für die Zukunft ab, dass die Erhöhung des Steuerfusses wieder im Raum stehen wird, denn irgendeinmal ist unser Sparpotenzial einfach ausgeschöpft und es ist ja auch kein Geheimnis, dass wir in wichtige Infrastrukturen investieren müssen – nicht, weil wir uns Luxusprojekte gönnen wollen, sondern schlicht, um sie in einem nutzbaren Zustand zu halten.

Und trotzdem warne ich davor, allzu nonchalant über Steuererhöhungen zu reden und sie als goldene Lösung für alles darzustellen. Ich gehöre als Buchhändlerin zu einer Berufsgruppe mit tiefen Löhnen, für mich und meine Kolleg:innen ist es enorm schwierig Geld auf die Seite zu legen und das hat sich in den

letzten Jahren aufgrund der steigenden Lebenskosten noch einmal verschärft. Höhere Steuern sind für uns nicht einfach so zu verkraften, sondern haben sehr wohl einen Einfluss auf unser Budget.

Natürlich will ich damit nicht sagen, dass Steuern jetzt grundsätzlich des Teufels sind, ich möchte nur deutlich machen, dass wir, wenn wir dann in der Zukunft mal wieder über eine Erhöhung sprechen, es irgendwie schaffen müssen, die Notwendigkeit dafür deutlich zu machen, ohne die Lebensrealität der Menschen aus den Augen zu verlieren oder sie zu negieren. Es ist kein guter Zeitpunkt für Erhöhungen, dass können wir nicht wegdiskutieren. Denn wenn wir diesen Spagat nicht schaffen, dann öffnen wir Tür und Tor für das Narrativ der Bürgerlichen, dass der Staat (oder in diesem Fall die Stadt) die Bevölkerung schröpfen will.

Und damit drängen sie uns in eine Rolle, die wir nicht sind und die wir ja auch nicht sein wollen: In die des Sheriffs von Nottingham.

Und zum Schluss noch: Nomination Regierungsratswahlen:

Unsere Kandidat:innen für den Regierungsrat stehen fest: Evi Allemann, Reto Müller, Hervé Gullotti treten für uns – mehr dazu in den nächsten Ausgaben!



GBO

Schnegg muss weg!

Von Lirija Sejdi
Präsidentin GBO



Nun auch im Oberaargau: Auf Ende September soll die Geburtenabteilung des SRO geschlossen werden. Gebären kann frau in Zukunft in Burgdorf – oder ausserkantonale. Damit erfolgt nach Münsingen, Zweisimmen und Frutigen die vierte Schliessung einer Geburtenabteilung im Kanton Bern innerhalb von drei Jahren.

Die Hiobsbotschaft vor den Sommerferien: Am 30. Juni 2025 erfolgte die Personalinformation, dass die Geburtenabteilung per 1. Oktober 2025 geschlossen wird. Das Personal hatte die Lunte bereits gerochen und einige Tage davor einen Verein zum Erhalt der Abteilung gegründet, am 30. Juni einen Protest vor dem Spital organisiert und darauf folgend eine Petition lanciert, die anfangs September eingereicht wird. Ein riesiger Einsatz gerade in dieser schwierigen Situation, Hut ab! Auch die Ortsparteien, der Gemeinderat und der Gewerkschaftsbund Oberaargau (GBO) haben sich divers engagiert. Doch wie schon beim Protest in Frutigen anfangs Jahr dürfte der Widerstand letztlich nicht mehr viel bringen.

Regierungsrat Pierre-Alain Schnegg strebt seit einigen Jahren das sogenannte Vier-Regionen-Modell voran. Dieses soll die integrierte Versorgung gewährleisten. Offiziell soll es die integrierte Versorgung fördern – das Zusammenspiel von Spitälern,

Arztpraxen und anderen Einrichtungen. In Wahrheit geht es vor allem um eines: Wirtschaftlichkeit.

Die Rede ist von „abgestufter Versorgung“ und „abgestimmten Angeboten“. Übersetzt bedeutet das: In der Versorgungsregion Emmental-Oberaargau ist kein Platz für zwei Geburtenabteilungen. Unter Druck der Gesundheitsdirektion musste das Spital Oberaargau nachgeben. Der ehemalige Direktor trat nur wenige Wochen davor beinahe fluchtartig zurück.

Was dieser Abbau mental für die werdenden Mütter und ihre Familien bedeutet, hat in der Wirtschaftlichkeit keinen Platz. Das Nicht-Planbare am Kinderkriegen auch nicht. Nebst dem Unverständnis, dass Geburtenabteilungen rechtlich nicht zur Grundversorgung zählen, müssen wir uns zudem mit der Frage beschäftigen, welche Angebote es als nächstes im Rahmen dieser Entwicklung erwischt wird und wir darauf reagieren können.

Oder vielleicht wäre es sinnvoller sich die Frage zu stellen, wieso Gesundheit, wieso Grundversorgung überhaupt Profite machen soll. Und kurzfristig: Welchen Regierungsrat wir im Gesundheitsdepartement in Zukunft haben wollen? Unsere Antwort ist klar, denn wir setzen uns klar für gute Arbeitsbedingungen und für den Service Public ein. Die Gesundheitsversorgung im Oberaargau darf nicht weiter abgebaut werden. In diesem Sinne: Schnegg muss weg!

RÄTSEL

ABKLOPFEN—DAS ROTSPECHT—PREISRÄTSEL

Dank Gutschein das Haushaltsbudget entlasten? So funktioniert es:

Ein Begriff und vier Zuschreibungen dazu sind vorgegeben, aber eine Zuschreibung ist **falsch**.

Finde die jeweils **falsche** Zuschreibung. Die 9 zugehörigen Buchstaben ergeben zusammen den Lösungsbegriff. **Mitmachen lohnt sich! Gutscheine verschiedener Geschäfte aus der Region werden verlost.**

Viel Spass beim Rätseln!

1) Fussball-EM der Frauen 2025: Spielorte im Kanton Bern

- B** Auch in Bern
- W** Auch in Thun
- S** Bern und Thun
- A** Bern, Thun und Biel

2) Nachrichtensendung im SRF

- I** Zeit im Bild
- M** Tagesschau
- A** Schweiz Aktuell
- C** 10 vor 10

3) Farbe des Regenbogens

- H** rot
- J** grün
- H** gelb
- E** schwarz

4) Film der Langenthaler Kinonächte 2025

- L** Heldin
- U** Like a Complete Unknown
- E** Wir erben
- T** 28 Years Later

5) Viereckige geometrische Form

- U** Parallelogramm
- E** Pentagon
- B** Quadrat
- C** Raute

6) ehem. Berner SP-Regierungsrat / -rätin

- R** Kurt Meyer
- L** Barbara Egger
- N** Ursula Wyss
- K** Andreas Rickenbacher

1	2	3	4	5	6

Lösungswort und Absender gut leserlich auf eine Karte schreiben und einsenden an oder einwerfen bei: *Lotte Nussbächer, Aarwangenstrasse 9, 4900 Langenthal*. Alternativ ist auch die Teilnahme per E-Mail möglich. Lösungswort und Postadresse senden an redaktion-rotspecht@gmx.ch. Betreff: *Lösungswort Rätsel*. Einsendeschluss: 21.10.2025

Die Lösung des letzten Rätsels war REGIERUNG. Es gingen 20 richtige Zusendungen ein.

Gewonnen haben: W. Kunz, V. Mäder, D. Nietlisbach. Herzlichen Glückwunsch!

AGENDA

TERMINE SEPTEMBER, OKTOBER

01.09.2025 – 11.09. 2025		Herbstsession Grossrat	
08.09.2025 – 26.09.2025		Herbstsession National – und Ständerat	
20.09.2025		Frauen*stamm	Chrämerhuus
20.09.2025		Cleanup Day	
28.09.25		Wahlen SP Herzogenbuchsee	
28.09.25		Eidgenössische und kantonale Abstimmungen	
13.10.25		Stadtrat Langenthal	Alte Mühle
18.10.25		Frauen*stamm	Chrämerhuus
22.10.25		Parteiversammlung SP Langenthal	

Impressum

ROTSPECHT, das Informationsblatt der SP Langenthal und der SP Oberaargau
www.sp-langenthal.ch / www.sp-oberaargau.ch

Erscheinungsweise / Auflage: 4x jährl. / 1'300

Nächster Redaktionsschluss: 29. Oktober 2025

Druck: DDC Langenthal

Redaktion: redaktion-rotspecht@gmx.ch

An der aktuellen Ausgabe mitgearbeitet haben:

Désirée Fessler, Michèle Nufer, Hans Wyssmann, Irmgard Bayard, Ursina Tschannen, Markus Müller, Linus Rothacher, Sandro Baumgartner, Gabriela Bannwart, Lirija Sejdi

Werden Sie Mitglied der SP!

Machen Sie mit bei der SP! Denn als SP-Mitglied können Sie mitreden und mitentscheiden. Und Sie können mithelfen, Ihre Gemeinde, Ihren Kanton, die Schweiz und damit letztlich die Welt sozialer, ökologischer und demokratischer zu machen. Mit politischer Leidenschaft und Lebenslust. Bei uns wird nämlich auch gelacht und gefeiert, kurz: genossen.

Melden Sie sich unter: www.spschweiz.ch/beitreten

oder per Mail an: info@sp-langenthal.ch



**Der Schlüssel
zum guten Mietverhältnis.**

**Persönliche Rechtsberatung,
auch per E-M@il.**

Lassen Sie sich beraten. Werden Sie Mitglied.

Mieterinnen- und Mieterverband Kanton Bern
www.mieterverband.ch/bern, Telefon 031 378 21 21

M V